

+++ ACHTUNG, SPERRFRIST: Ende des dt.-frz. Ministerrats gegen 22 Uhr +++

Eine neue Agenda zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums in der Europäischen Union

Mit den bevorstehenden Wahlen beginnt ein neuer europäischer Zyklus. Deutschland und Frankreich möchten einen Vorschlag für einen gemeinsamen Beitrag zur Strategischen Agenda der EU unterbreiten, um das Wachstum in Europa in den nächsten fünf Jahren zu fördern. Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir die globale Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit Europas stärken und gleichzeitig unser Ziel, die EU zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt zu machen, weiterverfolgen und umsetzen.

Europa darf nicht zurückfallen: Wir wollen ein starker Standort für Industrie und Technologie bleiben und bei den grünen und digitalen Technologien der Zukunft weltweit führend sein. Als weltweit stärkster gemeinsamer Markt werden wir eine ehrgeizige, robuste, offene und nachhaltige Handelspolitik verfolgen. Wir werden auf dem Erfolg des Grünen Deals und des Industrieplans zum Grünen Deal aufbauen und auch die verbleibenden unvollendeten Säulen des Grünen Deals voranbringen, insbesondere zu den Themen Verschmutzung und Biodiversität, jedoch auf eine Weise, die die wirtschaftliche Dynamik in Europa unterstützt.

Darüber hinaus müssen wir sicherstellen, dass Europa angesichts neu entstehender Bedrohungen stark genug ist, auch mit Blick auf unsere Verteidigungssektoren, die hinreichend integriert sein müssen. Insgesamt braucht die EU mehr Innovation, mehr Investitionen, fairere Wettbewerbsbedingungen und einen intelligenteren Regelungsrahmen.

Die neue Kommission kann auf die feste Unterstützung Frankreichs und Deutschlands bauen, um diese Ziele in ihrem kommenden Mandat voranzubringen und umzusetzen.

Die Notwendigkeit, die Herausforderungen in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu bewältigen, nimmt zu

Um die langfristige Wettbewerbsfähigkeit, den Wohlstand und die globale Rolle Europas als geopolitischer Akteur zu gewährleisten, müssen auf allen Ebenen und in allen Politikbereichen Anstrengungen unternommen werden, um Wachstums-, Produktivitäts- und Innovationslücken zwischen der EU und ihren internationalen Partnern und wichtigsten Wettbewerbern zu schließen.

Der grüne und der digitale Wandel werden unsere Volkswirtschaften grundlegend verändern. Dies bedeutet enorme Marktchancen für die Industrien von morgen und schafft neue, gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze. Gleichzeitig waren der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die zunehmenden geopolitischen Spannungen, die COVID-19-Pandemie und die Energiekrise vor dem Hintergrund der weltweit dramatisch zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels starke Weckrufe für Europa, die uns vor Augen geführt haben, dass strategische Abhängigkeiten und strukturelle Schwächen unserer Volkswirtschaften angegangen werden müssen.

Europa hat ein enormes Potenzial: Wir verfügen über die Fähigkeiten, die Menschen, die hochinnovativen Unternehmen – vom Kleinunternehmen bis hin zu großen multinationalen Konzernen –, starke Forschungseinrichtungen, das Kapital und die industrielle Basis, um erfolgreich zu sein und in Schlüsseltechnologien eine Führungsrolle zu übernehmen. Mit dem Binnenmarkt haben wir einen der größten und am besten integrierten Märkte der Welt, der eine sehr wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft fördert.

Aber wir müssen die richtigen Maßnahmen ergreifen, um private Investitionen und Innovationen in der gesamten EU anzukurbeln. Dazu müssen wir unnötige bürokratische Belastungen abschaffen,

unseren Regelungsrahmen so weiterentwickeln, dass die wirtschaftliche Dynamik gefördert wird, unsere Interessen besser vertreten und die Mobilisierung der nötigen öffentlichen und privaten Investitionen unterstützen.

Europa wird in den kommenden fünf Jahren eine neue wirtschaftliche Dynamik brauchen und wir sollten all unsere Bemühungen und Instrumente darauf ausrichten, sie freizusetzen und unsere Ziele zu erreichen. Außerdem müssen wir die Rechtsstaatlichkeit als Grundwert der EU und als Grundlage des Binnenmarkts stärken.

Schätzungen der Europäischen Kommission zufolge werden in der gesamten EU im Vergleich zum vergangenen Jahrzehnt zusätzliche private und öffentliche Investitionen von mehr als 620 Milliarden Euro pro Jahr nötig sein, um die Ziele des Grünen Deals und von REPowerEU zu erreichen. Darüber hinaus wird der digitalisierungsbezogene Investitionsbedarf in der EU von der Kommission auf jährlich 125 Milliarden Euro geschätzt. Private Finanzmittel sind ein erster Beitrag zur Deckung dieses Investitionsbedarfs und üben mit Blick auf das Ziel einer echten Kapitalmarktunion, die Ersparnisse und Investitionen in der Union mobilisiert, eine wichtige Hebelwirkung aus.

Es sollten entschlossene Maßnahmen zur Förderung von Wachstum, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit in Europa ergriffen werden

Mit Blick auf den nächsten institutionellen Zyklus unterbreiten wir hiermit aufbauend auf dem, was in den letzten fünf Jahren erreicht wurde, einen gemeinsamen Vorschlag, wie Europa wettbewerbsfähiger gemacht werden kann, auch um den grünen und den digitalen Wandel zum Erfolg zu machen:

1. Wir sollten den Grünen Deal und den Industrieplan zum Grünen Deal als Wachstumsagenda für Europa und insbesondere für einen erfolgreichen Umbau unserer industriellen Basis stärken. Durch die Entwicklung und Umsetzung einer wirksamen Industriepolitik müssen wir gewährleisten, dass Europa ein starker Produktionsstandort bleibt.

Wir müssen an unserer Widerstandsfähigkeit und langfristigen Wettbewerbsfähigkeit arbeiten, wie in der Erklärung von Versailles vom März 2022 dargelegt, in der unter anderem gefordert wurde, die Schlüsseltechnologien der Zukunft weiterzuentwickeln, unsere Abhängigkeiten in strategischen Bereichen zu verringern, unsere wirtschaftliche Basis zu diversifizieren und zu stärken, in den grünen und digitalen Technologien und Produkten von morgen weltweit führend zu werden und gleichzeitig die Nachhaltigkeit unseres Wirtschaftsmodells zu gewährleisten, einschließlich der sozialen Dimension, was auch den in Granada begründeten umfassenden Ansatz widerspiegelt.

Wir fordern eine vollständige Umsetzung der Strategie in Bezug auf die in der Agenda von Versailles genannten Bereiche (Verteidigung, Energie, kritische Rohstoffe, digitale Technologien, Halbleiter, Gesundheit sowie die Agrar- und Ernährungsindustrie).

Wir fordern ferner Bemühungen, um strategische Abhängigkeiten zu verringern und Europa in weiteren Schlüsselsektoren an die Weltspitze zu bringen: Netto-Null-Technologien, KI, Quantentechnologien, Luft- und Raumfahrt, Biotechnologien, Robotik, Mobilität, Chemikalien.

Dies erfordert private Investitionen, wobei die bestehenden Instrumente umfassend genutzt werden müssen – einschließlich der wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse (IPCEIs) sowie eine weitere Verbesserung des Beihilferahmens –, um Unternehmen in den strategischsten Industriezweigen und im Bereich hoch innovativer Technologien in ihrem Übergangsprozess gezielt zu unterstützen und so Raum für europäische Unternehmen zu schaffen, global wettbewerbsfähig zu werden.

Hierbei sollte, wo angemessen, auch eine gut kalibrierte öffentliche Auftragsvergabe genutzt werden insbesondere um grüne Leitmärkte zu fördern und die Widerstandsfähigkeit Europas zu stärken. Dies sollte umfassen, dass die Richtlinien über das öffentliche Auftragswesen aus dem Jahr

2014 überarbeitet werden, um sie zu vereinfachen und zu straffen und insbesondere Innovations-, Umwelt- und Resilienz Aspekte verstärkt zu berücksichtigen.

Wir müssen die chemische Industrie in Europa auf ihrem Weg in die Klimaneutralität weiterentwickeln und stärken. Wir unterstreichen die herausragende Rolle der chemischen Industrie bei der Bewältigung der Transformation und ihre entscheidende Bedeutung für fast alle Industriezweige in Europa und fordern die Kommission auf, einen vernünftigen Ausgleich zwischen unseren gemeinsamen Umwelt- und Wettbewerbsfähigkeitszielen aufrechtzuerhalten, indem gewährleistet wird, dass die Umgestaltung des Sektors (EU-Chemikalienrecht) wirksam und innovationsfreundlich vonstatten geht und ein risikobasierter Ansatz verfolgt wird, statt auf breiter Linie Produkte zu verbieten.

Darüber hinaus werden wir Dekarbonisierung, Recycling und Kreislaufwirtschaft als Quelle für grünes Wachstum fördern, indem wir i) die Entwicklung grüner Leitmärkte und Reallabore in der EU und weltweit für neue klimafreundliche (grüne) Grundstoffe und Produkte (insbesondere Chemikalien, Stahl und Zement) fördern und dabei den Umbau des Einzelhandels unterstützen, insbesondere für Kreislaufwirtschafts- und Geschäftsmodelle auf der Grundlage der Sharing Economy, und ii) Recyclingkriterien für die Abfallbewirtschaftung und einen einheitlichen Sekundärmarkt für recycelte Rohstoffe in Europa entwickeln. Wir werden ressourcenschonende Recyclingtechnologien stärken und die Entwicklung mechanischer Recyclingtechnologien priorisieren, aber auch chemische Recyclingverfahren sowie die Massenbilanzmethode berücksichtigen und vorantreiben, um die angestrebten Nutzungsraten von recyceltem Material zu erreichen.

Wir fordern einen widerstandsfähigen und nachhaltigen Agrar- und Fischereisektor in Europa, insbesondere durch Verringerung des Verwaltungsaufwands und durch Vereinfachungen für Personen, die in Landwirtschaft und Fischerei tätig sind, durch Stärkung der Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Nahrungsmittelversorgungskette, insbesondere zur Gewährleistung eines fairen Einkommens, und durch Sicherstellung eines regelbasierten und fairen Wettbewerbs weltweit und im Binnenmarkt.

Wir bekräftigen die Notwendigkeit, den Verwaltungs- und Befolgungsaufwand ehrgeizig zu verringern und die Verwaltungsverfahren mit Nachdruck zu reformieren, zu vereinfachen und zu beschleunigen, um die kreativen Kräfte in Wirtschaft und Zivilgesellschaft und insbesondere in unseren KMU bestmöglich zu nutzen, wie bereits in unserer gemeinsamen Initiative für bessere Rechtsetzung und moderne Verwaltung in Europa vom Oktober 2023 dargelegt.

Wir fordern die Europäische Kommission auf, mit Blick auf dieses Ziel einen ehrgeizigen Aktionsplan zum Bürokratieabbau auszuarbeiten, insbesondere i) durch einen Fokus auf besserer Rechtsetzung mit sachgemäßerer Bewertung der horizontalen Auswirkungen neuer Vorschriften; verstärkte Anstrengungen, Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger und Gebiete besser einzubeziehen, einschließlich der Gebiete in äußerster Randlage - von Anfang an und unter Berücksichtigung ihrer Rahmenbedingungen ab dem Zeitpunkt der Ausarbeitung der Vorschriften, aber auch bei der Umsetzung; ii) durch weitere Anstrengungen, um überlappende Vorschriften abzuschaffen und den Befolgungsaufwand zu verringern, sowie einen Abbau der Berichtspflichten, vor allem für KMU, aber auch für größere Unternehmen. Wir brauchen ein ehrgeiziges Ziel, das auf einer soliden Methodik beruht, um das Abbauziel zu messen und gleichzeitig unsere politischen Ambitionen und damit verbundenen Standards aufrechtzuerhalten; wir fordern die Einführung sogenannter „Praxischecks“ auf europäischer Ebene, um vermeidbaren bürokratischen Aufwand gezielter zu ermitteln, und unterstützen den Aufruf, die Initiative zur Verringerung der Berichterstattung um mindestens 25 % weiterzuführen; iii) durch Berücksichtigung der Inflationsentwicklung bei der Festlegung der finanziellen Schwellenwerte für die Definition von KMU und durch Hinzufügen einer neuen Unternehmenskategorie kleiner Midcap-Unternehmen mit 250 bis 500 Beschäftigten, um die bereits für KMU vorgesehenen Verwaltungsausnahmen auszuweiten; iv) durch schnellere, effektivere, vereinfachte und transparente Verfahren für europäische Finanzierungsprogramme und Beihilfen, unter anderem

eine anwenderfreundlichere Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung und einen gezielten Rahmen, der es der Industrie in jeder europäischen Region ermöglicht, sich mit Blick auf wirksame und beschleunigte Beihilfeverfahren zu transformieren; und v) durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für Investitionsprojekte, um ein attraktives und verbraucherfreundliches Investitionsumfeld zu schaffen, auch durch eine weitere Harmonisierung des Handels- und Unternehmensrechts, und die Gewährleistung, dass wir die Ziele des Grünen Deals ohne ein Mehr an Komplexität oder Wettbewerbshindernisse erreichen. Dies impliziert, dass ein Schwerpunkt auf die Umsetzung und Vereinfachung sowie erforderlichenfalls auf die Wirksamkeit neuer Vorschriften gelegt wird. Um den Aufbau und die Modernisierung nachhaltiger Produktionskapazitäten für Industrie- und Energieanlagen, Netze sowie Infrastrukturprojekte zu beschleunigen, werden wir uns für schnellere und einfachere Planungs- und Genehmigungsverfahren einsetzen.

Das Potenzial von IPCEIs muss optimiert werden, um Deep Tech und disruptive Innovation voranzutreiben. Mit IPCEIs können EU-weit Wissen, Know-how, finanzielle Mittel und Wirtschaftsakteure zusammengebracht werden. Basierend auf der guten Arbeitsgrundlage, die Frankreich und Deutschland in einer Reihe von IPCEI-bezogenen Fragen geschaffen haben, fordern wir notwendige Vereinfachungen bei den IPCEI-Genehmungsverfahren und schnellere Prüfung durch die Kommission. Wir unterstützen uneingeschränkt die Schaffung eines Gemeinsamen Europäischen Forums (JEF) zu IPCEI. Wir schlagen vor, Deep Tech und andere grundlegende Innovationen voranzubringen, insbesondere in den einschlägigsten Bereichen wie Quanteninformatik, generative KI und Robotik, Werkstoffkunde, Raumfahrt, Biotechnologie, Energie und Chemie, unter anderem durch die Schaffung neuer IPCEIs. Die Kombination von verfügbaren EU-Instrumenten und IPCEIs sollte getestet werden.

2. **Wir sind entschlossen, verbleibende ungerechtfertigte Hindernisse im Binnenmarkt abzubauen,** der nach wie vor unnötig und übermäßig fragmentiert ist, um die Vorteile der europäischen Integration und Konvergenz voll auszuschöpfen und gleichzeitig hohe wirtschaftliche, soziale und ökologische Standards zu setzen. Er muss genutzt werden, um den strukturellen Wandel unserer Volkswirtschaften zu beschleunigen, Produktivitätsgewinne zu fördern und langfristiges Wachstum und Arbeitsplätze zu sichern. Die Kommission sollte diesbezüglich eine neue horizontale Strategie für einen modernisierten Binnenmarkt entwickeln. Wir begrüßen die Vorlage des Berichts von Enrico Letta und sehen dem bevorstehenden Bericht von Mario Draghi über Wettbewerbsfähigkeit erwartungsvoll entgegen, sowie der weiteren Arbeit zu ihren Empfehlungen.

Der Harmonisierungsprozess, der im Produktbereich zum Beispiel mit Ecodesign begonnen hat, sollte ehrgeizig weitergeführt werden, insbesondere um Verbraucherinnen und Verbraucher über den CO₂-Fußabdruck von Produkten zu informieren, die entsprechenden Berechnungsmethoden zu harmonisieren und gleichzeitig faire Wettbewerbsbedingungen auch mit Drittländern zu gewährleisten. Wir müssen sicherstellen, dass die Gesamtemissionen der EU tatsächlich reduziert und nicht in Länder außerhalb der EU verlagert werden. Wir brauchen auch eine konsequente Um- und Durchsetzung unserer bestehenden Vorschriften sowie eine funktionierende, harmonisierte und verstärkte Marktüberwachung, insbesondere mit Blick auf Produkte, die in den Binnenmarkt eingeführt werden. Wir müssen sicherstellen, dass die neuen Verantwortlichkeiten von Online-Plattformen, wie sie im Gesetz über digitale Dienste (DSA) und in der Produktsicherheitsverordnung festgelegt sind, wirksam durchgesetzt werden. Der Binnenmarkt profitiert auch von grenzüberschreitenden Dienstleistungen und verbindender Infrastruktur, insbesondere in Grenzregionen. Wir möchten deshalb den Abbau von Hindernissen in Grenzregionen zum beiderseitigen Nutzen erleichtern.

Wir fordern, das Ökosystem für Telekommunikation und Digitalisierung voranzubringen. Um uneingeschränkt von der Digitalisierung profitieren zu können, braucht Europa die bestmögliche Abdeckung mit modernsten Mobilfunknetzen, in denen neueste Netztechnologien wie 5G-Standalone zum Einsatz kommen. Deshalb müssen wir uns dringend gemeinsam mit Fragen der

Fragmentierung und Resilienz im Mobilfunksektor befassen. Wir betonen das enorme Potenzial, das modernste 5G-Mobilfunktechnik der Wirtschaft und Gesellschaft in verschiedenen Bereichen bietet, etwa intelligente Energieversorgung, Telemedizinanwendungen, autonomes Fahren, das Internet der Dinge sowie Anwendungen in den Bereichen intelligente Stadt und digitale Landwirtschaft. Wir müssen die Voraussetzungen für ein starkes industrielles und innovatives 6G-Ökosystem schaffen. Bei der Standardisierung von 6G rufen wir zur Bündelung europäischer Kräfte auf, damit wir bei der Ausgestaltung des Standards eine führende Rolle einnehmen. Wir rufen dazu auf, den europäischen Cloud-Markt weiter zu stärken, damit sichere und große europäische Akteure entstehen und eine echte Vertraulichkeit ihrer sensibelsten Daten und die Verfügbarkeit dieser Daten unabhängig von der Entwicklung der politischen oder wirtschaftlichen Zusammenhänge gewährleistet ist.

3. **Ein effektiver Wettbewerb im Binnenmarkt ist die Grundvoraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen und der komparative Vorteil der EU.** Strukturelle Wettbewerbsprobleme im globalen Kontext, insbesondere in Branchen, die eine internationale Dimension haben und von großer Bedeutung für die EU-Wirtschaft insgesamt sind, sollten in geeigneter Form durch die Prüfung der Notwendigkeit, jegliches neues Rechtsinstrument einzuführen, gelöst werden. Wir müssen die aktuellen europäischen Wettbewerbsregeln und -praktiken im Hinblick darauf überprüfen, ob sie noch geeignet sind, zur Erreichung dieses Ziels beizutragen, und die Konsortialbildung und die Konsolidierung in Schlüsselsektoren (z. B. Mobilfunknetze, Luftfahrt) erlauben, um die europäische Resilienz zu stärken. Daneben setzen wir uns mit Nachdruck für die Anpassung der derzeitigen Regeln und Regulierung der EU Fusionskontrolle ein, um strategische Akquisitionen durch potentielle Wettbewerber zu adressieren, die Innovationen behindern („killer acquisitions“). Wir fordern ferner eine gründliche Umsetzung und Überwachung des Gesetzes über digitale Märkte, die durch Aufsichtsgebühren finanziert werden könnten. Wir sollten, wo angemessen, einen europäischen Vorrang bei der öffentlichen Beschaffung in strategischen Sektoren, wie Verteidigung und Weltraum, erwägen.
4. **Wir müssen Investitionen ankurbeln**, um unsere Ziele zu erreichen. Wir müssen die verfügbaren EU-Finanzierungsmöglichkeiten insbesondere für europäische öffentliche Güter und Infrastrukturen für den digitalen und den grünen Wandel umfassend nutzen, wenn es einen wechselseitigen Nutzen und eine solide wirtschaftliche Rechtfertigung gibt, gegebenenfalls auch grenzübergreifend. Nationale Investitionen und Reformen, die für den grünen und den digitalen Wandel, für Wettbewerbsfähigkeit und strategische Souveränität erforderlich sind, müssen durch eine angemessene und effiziente EU-Unterstützung ergänzt werden. Wir werden den EU-Haushalt fit für die Zukunft machen und Investitionen in künftige und transformative Ausgaben und die Finanzierung europäischer öffentlicher Güter weiter priorisieren sowie an der Einführung neuer Eigenmittel auf der Grundlage der Interinstitutionellen Vereinbarung vom Dezember 2020, einschließlich des Fahrplans im Hinblick auf die Einführung neuer Eigenmittel, arbeiten. Der EIB-Gruppe kommt eine Schlüsselrolle im Hinblick auf die Unterstützung der notwendigen Investitionen und der Bewältigung kritischer Herausforderungen zu.

Parallel dazu wollen wir eine ehrgeizigere Agenda zur Verwirklichung der Kapitalmarktunion verfolgen und die Bemühungen um die Vollendung der Bankenunion im Einklang mit der vereinbarten Abfolge fortsetzen. Wir müssen den Beginn des neuen institutionellen Zyklus für einen neuen Impuls nutzen, um die Arbeit im Rat und in der Kommission zu intensivieren und bei allen Maßnahmen, die als notwendig ermittelt wurden, um wirklich integrierte europäische Kapitalmärkte zu schaffen, schnelle und entscheidende Fortschritte zu erzielen. Dies wird Fortschritte insbesondere in den folgenden Schwerpunktbereichen erfordern: Wiederbelebung des europäischen Verbriefungsmarktes, unter anderem durch regulatorische und aufsichtsrechtliche Änderungen unter Nutzung möglicher Handlungsspielräume, Auslotung weiterer Möglichkeiten zur Verbesserung des Verbriefungsmarkts; Verbesserung der Konvergenz und Effizienz der Aufsicht über Kapitalmärkte in der gesamten EU, z. B. indem die europäischen Aufsichtsbehörden in die Lage versetzt werden, die systemisch relevantesten

grenzüberschreitenden Kapital- und Finanzmarktakteure wirksam zu beaufsichtigen mit dem Ziel, die Finanzintegration zu stärken und die Finanzstabilität zu gewährleisten, die Verfahren zu vereinfachen und die Erfüllungskosten zu senken, wobei die Interessen aller Mitgliedstaaten zu berücksichtigen sind; Harmonisierung der relevanten Aspekte der nationalen Rechtsrahmen für Unternehmensinsolvenzen und des Steuerrechts; Überprüfung und Vereinfachung des Rechtsrahmens für die Finanzmarktregulierung; Verbesserung der Bedingungen für institutionelle, private und grenzüberschreitende Investitionen in Beteiligungen sowie der Finanzierungs- und Ausstiegsoptionen für europäische expandierende Jungunternehmen (Scale-ups); sowie die Gestaltung und Umsetzung eines einfachen und effektiven grenzüberschreitenden Anlage-/Sparprodukts für Kleinanleger. Stärker integrierte Finanzmärkte sowie ein stärker integrierter Binnenmarkt in Steuerangelegenheiten würden Innovation und Produktivität fördern. Die Ersparnisse der privaten Haushalte sollten besser genutzt werden, um die massiven Investitionen, die wir zur Verbesserung unserer Wettbewerbsfähigkeit benötigen, direkter zu finanzieren. Wir werden auch unsere wichtigsten Finanzvorschriften neu bewerten und mit den wichtigsten globalen Akteuren abgleichen, um gleiche Wettbewerbsbedingungen aufrechtzuerhalten und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Finanzakteure zu schützen, und dabei Aspekte der Finanzstabilität gebührend berücksichtigen und einen risikobasierten Ansatz verfolgen.

5. **Wir verfolgen das Ziel, ein wettbewerbsfähiges dekarbonisiertes Energiesystem durch erneuerbare Energien und CO₂-arme Technologien, Energieeffizienz, Flexibilität und den jeweiligen zuverlässigen Investitionsrahmen aufzubauen.** Wir erinnern daran, wie wichtig es ist, die Integration des Energiebinnenmarktes zu verstärken, um die Widerstandsfähigkeit und die Sicherheit der Versorgung mit ausreichender, erschwinglicher und sauberer Energie zu erhöhen, was dem doppelten Ziel dient, die strategische Energiesouveränität zu verfolgen und unser Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, wobei Wohlfahrtsgewinne für Verbraucher und Erzeuger erzielt sowie Innovation und Effizienz gefördert werden. Dies wird eine ehrgeizige Elektrifizierung unter Nutzung erneuerbarer Energien, Netto-Null- und CO₂-arme Lösungen, Flexibilität sowie einen erheblichen Ausbau von Netzen, Speichern und Interkonnektoren und diesbezügliche Investitionen erfordern. Zu diesem Zweck müssen wir die Umstellung unserer Energiesysteme insbesondere durch konkrete Vereinfachungen im EU-Recht und einen verlässlichen Investitionsrahmen weiter beschleunigen. Wir rufen dazu auf, den Schwerpunkt auf eine Energieinfrastruktur, die paneuropäisch konzipiert ist, und auf die Schließung bestehender Lücken und Engpässe zu legen. Wir werden zusammenarbeiten, um eine gemeinsame Grundlage für den künftigen Klima- und Energierahmen der EU für 2040 zu finden. Wir werden die im vergangenen Jahr verabschiedete Reform des EU-Strommarktdesigns umsetzen. Sie wird dazu beitragen, die Volatilität der Strompreise für Unternehmen und Verbraucher zu verringern und Anreize für Investitionen in dekarbonisierten Strom zu schaffen, indem den Erzeugern stabile Einnahmen gewährleistet werden. Dies wird dazu beitragen, die Strompreise zu senken und die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken.

Bei der Umsetzung unserer Klimaziele werden wir auch sicherstellen, dass die Verlagerung von CO₂-Emissionen im Rahmen der Überarbeitung des europäischen CO₂-Marktes (ETS) und der Umsetzung des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) wirksam verhindert wird. Wir müssen sicherstellen, dass der Dekarbonisierungszieldpfad und die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien, die besonders stark dem internationalen Handel ausgesetzt sind, nicht beeinträchtigt werden. Wir müssen den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus umsetzen und dabei für Klarheit, Effizienz, Wirksamkeit und Einfachheit sorgen sowie die Risiken der Verlagerung von Ressourcen (Resource Shuffling) und von CO₂-Emissionen in nachgelagerten Sektoren angehen, eine WTO-kompatible Exportlösung entwerfen und mit unseren Partnern zusammenarbeiten, um unbeabsichtigte Folgen zu vermeiden und gleichzeitig sicherzustellen, dass es keine Umgehungsmöglichkeiten gibt. Wir werden eng zusammenarbeiten, um die Arbeit des Klimacubs voranzubringen.

6. **Um die technologischen Fähigkeiten der EU zu stärken, werden wir die Spitzenforschung, den Forschungstransfer und die diesbezügliche Industrialisierung auf europäischer Ebene fördern** (in Bereichen wie KI, Quanten, Biotechnologie, Raumfahrt, fortgeschrittene Materialien, Netto-Null-Technologien), indem wir i) aktive Partnerschaften mit der Industrie zur Verbesserung des Technologietransfers fördern, ii) auf den durch den Europäischen Innovationsrat geschaffenen Grundlagen aufbauen und diese ausbauen, insbesondere indem wir mehr Risiken eingehen, iii) eine europäische Risikokapitalindustrie fördern, um die Finanzierung europäischer Start-ups und expandierender Jungunternehmen (Scale-ups) zu stärken und iv) uns mit der Identifizierung von Technologien auseinanderzusetzen, bei denen die Entwicklung eines IPCEI relevant wäre, zum Beispiel im Gemeinsamen Europäischen Forum (JEF), und einen Mehrwert für das Innovationsökosystem der EU schaffen.

Wir müssen den Gesundheits- und Pharmasektor fördern, auch durch einen ehrgeizigen Rechtsakt über kritische Arzneimittel, um unsere Abhängigkeiten anzugehen und unsere Souveränität, Widerstandsfähigkeit und Fähigkeit zur Innovation und Produktion in der EU zu stärken. Wir fordern die Kommission auf, den Binnenmarkt im Gesundheits- und Pharmasektor weiter zu stärken und gleichzeitig angemessene Anreize für die Förderung und den Schutz von Innovationen zu gewährleisten und einen europäischen Forschungsplan zu entwickeln, um über ein Bündnis europäischer Forschungszentren und über gemeinsame Initiativen Möglichkeiten zur Behandlung von Krebs, Alzheimer und anderen neurodegenerativen Erkrankungen sowie seltenen und äußerst seltenen Krankheiten zu finden.

In Bezug auf die Digitalisierung und die künstliche Intelligenz sowie andere Schlüsseltechnologien brauchen wir ein gemeinsames Verständnis von einem europäischen Tech-Deal, durch den die technologischen Fähigkeiten der EU gestärkt und die Digitalisierung in allen Branchen beschleunigt sowie Chancen innovativer Technologien genutzt werden, indem i) sichergestellt wird, dass der europäische Regulierungsrahmen das Potenzial des Binnenmarktes durch einen vereinigten Regelungsraum vollständig freisetzt. Durch einen solchen Rahmen müssen europäische Innovationskapazitäten sowie Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit erhalten werden; seine Umsetzung und Anwendung sollten minimalen Verwaltungsaufwand verursachen; er sollte rechtzeitig überprüft und erforderlichenfalls verbessert werden, ii) indem die Wertschöpfungskette bahnbrechender digitaler Technologien (von Chips bis hin zu Rechenkapazitäten und großen Modellen) auf europäischer Ebene gesichert wird, um die potenzielle Hegemonie großer digitaler Akteure zu verringern, iii) digitale Technologien (z. B. KI, Big Data, Cloud, 5G, Robotik) in Umlauf gebracht werden und die digitale Kompetenz in Unternehmen und Verwaltung verbessert wird und iv) die Entwicklung europäischer digitaler Gemeingüter beschleunigt wird. Wir rufen dazu auf, unseren gemeinsamen Ehrgeiz zu verstärken, mehr Investitionen in KI- und Dateninfrastrukturen zu mobilisieren und die europäischen Rechenkapazitäten zu verbessern, mit einem effektiven Zugang für europäische Start-ups.

7. **Wir werden auf unserem großen Humankapital aufbauen und unsere Fähigkeiten an vielversprechende neue Arbeitsplätze in der Industrie anpassen**, indem wir i) die Entwicklung und die Zirkulation des Humankapitals in der Industrie fördern, ii) auf eine bessere grenzüberschreitende Anerkennung von Qualifikationen hinarbeiten und iii) ein europäisches Visakoordinierungssystem für Arbeitskräfte, Gründer und Investoren von Technologie-Start-ups umsetzen. Aufbauend auf dem Erfolg unserer bilateralen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit werden wir die europäische Mobilität für Auszubildende mit einem ehrgeizigen Ziel auf europäischer Ebene fördern, um einen einheitlichen Status für Auszubildende im Rahmen eines Mobilitätsprogramms in einem anderen EU-Mitgliedstaat festzulegen, an einer gegenseitigen und automatischen Anerkennung von Qualifikationen zu arbeiten und angemessene finanzielle Unterstützung zur Verfügung zu stellen.

8. Wir fordern eine **ehrgeizige, robuste, offene und nachhaltige EU-Handelspolitik**, die es ermöglicht, durch faire Handelsabkommen die Interessen der EU, Diversifizierung, Resilienz, Sozialstandards und Nachhaltigkeit zu fördern. Um auf globaler Ebene faire Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten, sollte der Werkzeugkasten der EU konsequent genutzt werden, um wo nötig unlauteren oder missbräuchlichen Handels- oder Wettbewerbspraktiken wirksam zu begegnen. Angesichts der geostrategischen Notwendigkeit, unsere Lieferketten zu sichern, und im Einklang mit dem von der Kommission im Juni 2022 angenommenen Ansatz für Handel und nachhaltige Entwicklung müssen wir den Ansatz der EU hinsichtlich Handelsabkommen modernisieren, auch indem wir uns auf thematische Bereiche von gemeinsamem Interesse mit Partnern auf der ganzen Welt konzentrieren, sodass wirklich faire Wettbewerbsbedingungen gewährleistet und wechselseitig vorteilhafte Marktzugangsmöglichkeiten geschaffen werden. Die EU sollte eine pragmatische und flexible Position bei der Erreichung dieser Ziele einnehmen, zu der vertiefte Partnerschaften auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und auf Augenhöhe gehören. Dies umfasst auch das Ziel, die lokale Wertschöpfung zu steigern, insbesondere die Verarbeitung von Rohstoffen vor Ort sowie die Nutzung lokaler Energiequellen, auch für die Herstellung von Düngemitteln im Einklang mit den Interessen der Partnerländer. Wir unterstreichen unser Ziel, die transatlantischen Handelsbeziehungen und Investitionen in einer wechselseitig vorteilhaften Weise zu stärken, was die Bedeutung dieser Beziehungen widerspiegelt.

Wir verpflichten uns, das multilaterale, regelbasierte Handelssystem mit der WTO im Zentrum zu stärken. Die vollständige Wiederherstellung des zweistufigen Streitbeilegungsmechanismus ist von größter Bedeutung.

Wir rufen dazu auf, im Einklang mit den WTO-Regeln sicherzustellen, dass in den Binnenmarkt eingeführte Produkte allen relevanten Produktnormen entsprechen, und unterstreichen die Notwendigkeit einer wirksamen Umsetzung und Durchsetzung der einschlägigen Rechtsvorschriften.

Die **wirtschaftliche Sicherheit** der EU muss vergrößert werden, indem bei allen Säulen der Europäischen Strategie für wirtschaftliche Sicherheit Fortschritte erzielt werden: Stärkung, Zusammenarbeit und Schutz. Dazu gehört auch eine wirksame Überprüfung nichteuropäischer Investitionen in sensible Sektoren und die Stärkung der globalen Partnerschaften Europas.

Wir werden die Koordinierung unserer externen Finanzierungsinstrumente unter Wahrung ihrer jeweiligen Anwendungsbereiche verbessern. Die Global-Gateway-Strategie der EU könnte durch eine engere Zusammenarbeit von Team Europa mit nationalen Exportkreditagenturen, die Erfahrung in der Mobilisierung von privatem Kapital haben, auf der Grundlage der langjährigen deutsch-französischen Zusammenarbeit (z. B. bei Flugzeugen durch gegenseitige Rückversicherungssysteme) und der Erforschung neuer Bereiche (kritische Rohstoffe, Dekarbonisierung der Industrie, Wiederaufbau der Ukraine etc.) zu einem einflussreicheren Instrument gemacht werden.

9. **Verstärkung von Investitionen in Sicherheit und Verteidigung, um unsere technologische und industrielle Basis im europäischen Verteidigungsbereich sowie unsere Verteidigungsbereitschaft und diesbezügliche Widerstandsfähigkeit zu unterstützen.** Wir müssen unsere kritischen Abhängigkeiten verringern und unsere Fähigkeit stärken, die Verteidigungsgüter und -technologien zu entwickeln und zu produzieren, die wir in der Europäischen Union brauchen. Daher sollten wir unsere Verteidigungsindustrien gemeinsam stärken, unter anderem, indem wir die Möglichkeiten zur Nachfrageaggregation überprüfen und geeignete Modelle für die Zusammenarbeit in frühen Phasen der Produktionskette, einschließlich kritischer Rohstoffe, ausloten. Wir sollten auch die Zusammenarbeit der Verteidigungsindustrie verbessern und auf eine stärkere grenzüberschreitende Integration hinarbeiten. Wir müssen den Zugang der europäischen Verteidigungsindustrie zu öffentlichen und privaten Finanzmitteln verbessern und erinnern an die Aufforderung des Europäischen Rates an den Rat und die Kommission, alle Optionen für die Mobilisierung von Finanzmitteln zu prüfen (und im Juni wieder

zu berichten). Wir sollten weitere Investitionen der EIB in den Sicherheits- und Verteidigungssektor ermöglichen, und zwar in einer Weise, die den Auswirkungen auf das Risikoprofil der EIB Rechnung trägt und die EIB-Finanzierungskapazität gewährleistet.